

Haushaltsrede zur Einbringung des Haushaltsplans 2026 der Gemeinde Ostbevern

Sehr geehrte Damen und Herren,

sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates der Gemeinde Ostbevern,

ich möchte gleich zu Beginn mit einem Statement unserer Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen beginnen, welches sie in einem Interview mit der Neuen Westfälischen abgegeben hat. Sinngemäß hieß es darin:

Viele Bürgermeister:innen würden ihrem Vernehmen nach eine höhere Beteiligung aus dem Steuertopf fordern, dem sog. Verbundsatz. Nach ihrer Ansicht stünde das Problem aber auf einem anderen Blatt, denn die Kommunen hätten verlernt zu sparen!

Man kann es aber auch anders sehen: Berlin entscheidet, die Kommune leidet, wie die FAZ in einem Artikel aus November titelte. Und ich würde hinzufügen, und das Land ist auch nicht ganz unschuldig.

Wo liegt also die Wahrheit, die auch in diesem Haushaltsentwurf für das kommende Jahr zu suchen ist?

Sicherlich, wie so oft, irgendwo in der Mitte. Selbstkritisch müssen wir sicher eingestehen, dass Anstrengungen, auf der Ausgabenseite Contenance zu behalten und mit klarem Blick in den Priorisierungen zu bleiben, oft schwer durchzuhalten sind. Denn wir können nicht so einfach einen Strich ziehen zwischen dem, was in einer Kommune zur Pflichtaufgabe gehört, und dem, was am Ende in Ostbevern das Leben lebens- und damit unterstützenswert macht.

Und auf der anderen Seite investieren wir viel kommunales Geld, - oft auf Pump - weil andere meinen, dass wir das für sie machen müssen.

Ein Mitspracherecht für uns gibt es da nicht. Das müssen wir insbesondere erkennen, wenn es darum geht, den Rechtsanspruch auf einen Offenen Ganztagsplatz in der Primarstufe umzusetzen, der uns sehr intensiv in diesen Tagen, den vergangenen Wochen und Monaten in Atem hält.

Aber auch bei vielen Investitionen in die Infrastruktur stehen wir nach wie vor alleine da. Auch wenn es zarte Bemühungen gibt, die Kommune an den schuldenfinanzierten Sondervermögen von Bund und Land zu beteiligen.

Wenn Sie in den Haushalt hineinschauen, werden Sie erkennen, dass wir sowohl bei den notwendigen Unterhaltungsmaßnahmen als auch bei den Investitionen die Ziele eines Werterhalts unserer Gebäude und der Schaffung von Eigentum für eben diese Aufgaben der Daseinsvorsorge im Bildungsbereich, bei der Feuerwehr und der Infrastruktur unserer Straßen berücksichtigt haben.

Dieser Haushalt sagt: Wir bringen die Dinge nun zu Ende, die uns ins Stammbuch geschrieben sind. Wir packen an, was von uns erwartet wird. Wir setzen um, was Sie durch Ihre Beschlüsse richtungsweisend auch bei Klima, Umwelt und Mobilität beschlossen haben, wie z. B. den weiteren Ausbau von Photovoltaikanlagen auf unseren Dächern, eine Beteiligung an einer Windkraftanlage und den Ausbau der Mobilstation am Bahnhof.

Wir unterstützen weiterhin unsere Vereine und Verbände, kürzen nicht im sozialen Bereich. Wir nehmen unsere Verantwortung in dieser Hinsicht sehr ernst.

Aber: Um einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erhalten und in der mittelfristigen Planung nicht in eine Haushaltssicherung zu geraten, ist der Kämmerer mit seinem Entwurf, den ich Ihnen heute einbringe, bis an die Grenzen des Machbaren gegangen. Und das ist nicht so einfach daher gesagt.

Es gilt das gesprochene Wort

Bis zum Schluss wurden selbst kleinste Beträge aus den gemeldeten Ansätzen in Kritik gestellt und im Zweifel herausgestrichen.

Wenn unsere Ministerin Frau Scharrenbach meint, dass wir damit verlernt haben zu sparen, dann wäre eine Erläuterung ihrerseits angebracht.

Ich möchte mich einer anderen Seite dieser Medaille, dieses Haushalts zuwenden:

Die Planung des Haushalts schließt auch in diesem Jahr mit einem nicht unerheblichen Defizit ab (1,94 Mio. Euro).

Allein die Erhöhung der Kreisumlage um etwa 1,4 Mio. Euro mag verdeutlichen, dass wir im System gefangen sind. Brandbriefe des Städte- und Gemeindebundes, der Bürgermeister des Kreises Warendorf, Hilferufe aus allen Ecken verpuffen im Nirgendwo.

Ja, zuletzt hat der Kreistag die geplante Umlage von 37,1 % auf 36,4 % korrigiert. Das bedeutet aber immer noch eine Steigerung um 3,4 %!

Sehenden Auges rauscht eine nach der anderen Kommune ab.

Dass wir in Ostbevern im Kreis Warendorf dabei im Verhältnis noch ganz gut dastehen, da wir die geplanten Verluste auch durch Verhängung von Haushaltssperren im Laufe eines Jahres oft wieder einfangen, mag im ersten Moment trösten. Verkennen wir dabei

Es gilt das gesprochene Wort

aber nicht: Dann werden erforderliche Dinge oft nicht gemacht, verschoben oder an vielen Stellen einfach nur geflickt. Darauf weisen mich, zu Recht, die Fachbereichsleitungen immer wieder hin. Für einen kurzen Zeitraum ist das möglich, aber im dritten aufeinander folgenden Jahr kommen wir da an unsere Grenzen.

Der Kämmerer hat mit der Aufstellung dieses Haushalts bereits alles aus dem dann doch guten Rechnungsabschluss 2024 und zu erwartenden Rechnungsabschluss 2025 hinübergerettet, um die hohen zu erwartenden Verluste in 2026 in irgendeiner Weise im Griff zu behalten. Ich danke ihm ausdrücklich für diese Weitsicht.

Nach der Konstituierenden Sitzung des Rates am 6.11.2025 ist dies heute nun für einige Ratsmitglieder die erste inhaltliche Sitzung und auch der erste Gemeindehaushalt, den Sie als Ratsmitglied entgegennehmen.

Bevor Sie nun völlig ernüchtert nach Hause gehen und denken, was können Sie denn vor diesem Hintergrund überhaupt noch mitgestalten, steuern oder an Ideen einbringen, möchte ich Ihnen und allen anderen dennoch zurufen: Lassen Sie uns mit Ideen und Engagement gemeinsam diesen Entwurf den jeweils kritischen Augen unterziehen. Jede Fraktion mit ihren Schwerpunkten und Ansprüchen. Wir alle zusammen mit einem klaren Ziel: Ostbevern auch mit diesem Haushalt in der mittelfristigen Finanzplanung über Wasser zu halten. Wir können das und wir schaffen das. Das haben

wir und Sie auch in vorangegangenen Jahren und Jahren der Krisen bewiesen.

Das soll aber keinesfalls die Verantwortlichen im Kreis und beim LWL aus ihrer Verantwortung entlassen. Vor allem vom LWL erwarte nicht nur ich ein Umlenken und Gegensteuern, um die hohen und immer höher werdenden Belastungen aus Umlage finanzierten Haushalten, die ungebremst in unsere Haushalte durchgereicht werden, einzufangen und zu minimieren.

Die hohen Belastungen insbesondere der Sozialtats sind derzeit in aller Munde. Die Notwendigkeit für Reformen auch dort, von allen gefordert. Allein der klare Wille zur Umsetzung scheint zu fehlen. Da fällt es einfacher, die Aufwände auf diejenigen zu schieben, die sich nicht wehren können, die Kommunen.

Der Landrat hat in diesen Tagen die Stellungnahme der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Kreis Warendorf zum Kreishaushalt zusammen mit konkreten Vorschlägen der Einsparung erhalten. Damit einher geht, dass das vom Kreis erwünschte Benehmen zum Kreishaushalt noch nicht hergestellt werden konnte.

In diesem Sinne möchte ich auf einige Kenngrößen und Fakten unseres Haushalts zur Orientierung hinweisen:

1. Die allgemeine Kreisumlage und jene für die Mehrbelastungen des Jugendamtes strapazieren den Haushalt mit ca. 11,6 Mio. Euro (Vorjahr 10,2 Mio. Euro). Das sind erneut etwa 1,4 Mio. Euro mehr gegenüber dem Vorjahr. Das ist ein Anteil von 43 % an den ordentlichen Erträgen und damit die mit Abstand größte Aufwandsposition im Haushaltsplan!
2. Unsere Liquidität ist momentan noch gut. Mittelfristig werden wir darauf aber nicht vertrauen können. Der Finanzmittelbestand wird sich aber nach Planung in 2026 um 3,17 Mio. € verringern.
3. Der Haushaltsplanentwurf schließt mit einem Defizit im Ertragshaushalt in Höhe von etwa 1,94 Mio. Euro (Vorjahr 1,3 Mio. Euro) ab. Hierbei ist ein globaler Minderaufwand in Höhe von 600 T Euro (Vorjahr 664 T Euro) mit eingeplant.
4. Das Defizit entwickelt sich in der mittelfristigen Finanzplanung auf etwa 3,6 Mio. Euro. An einer Haushaltssicherung nach alter Lesart würden wir damit auch in diesem Jahr knapp vorbeigekommen.
5. Die Gewerbesteuer als wichtigste Einnahmequelle schätzen wir in dem Entwurf mit 7,8 Mio. Euro (Vorjahr 7,2 Mio. Euro und damit etwa 600 T Euro über dem Haushaltsansatz des Vorjahres ein. Wir bleiben dabei vorsichtig und berücksichtigen die auch

weiterhin schwache Konjunkturlage. Der Hebesatz bleibt in unserem Entwurf unverändert bei 418 v. H.

6. Die übrigen Hebesätze werden nach dem Bundesmodell aufkommensneutral gebildet. Der Entwurf enthält auch in diesem Jahr keine differenzierten Hebesätze.

Das Bundesmodell stand seit November dieses Jahres auf dem Prüfstand beim Bundesfinanzhof in München. In drei Musterprozessen wurden die Klagen abgewiesen. Was aber nicht bedeutet, dass damit eine endgültige Entscheidung getroffen ist. Angekündigt ist der Gang vor das Bundesverfassungsgericht. Wir sind also weiter angeraten, die Entscheidungen abzuwarten.

Die wichtigsten Projekte finden Sie insbesondere bei den Investitionen in diesem Haushalt wieder, einige davon habe ich bereits angesprochen. Es ist mir wichtig zu betonen, dass wir diese Liste auf das nach jetzigem Stand realistisch Machbare begrenzt haben. Auch, um Entlastungen des Ertragshaushalts durch dann nicht belastende Zinsen und Abschreibungen zu erzielen. Gleichwohl behalten wir Entwicklungsprojekte im Blick.

Auf ein Projekt möchte ich noch gesondert eingehen:

Die Sanierung unseres Hallen-Freibades, unseres Beverbades, welches in diesem und im nächsten Jahr, 50-jähriges Jubiläum – in diesem Jahr für das Hallenbad, im nächsten Jahr für das Freibad, feiert, haben wir in einem festen Blick.

Ein Grundsatzbeschluss zur Sanierung ist bereits in diesem Jahr von der Gesellschafterversammlung getroffen und vom Haupt- und Finanzausschuss unterstützt worden. Eine Sanierung wird aber mit fremder Hilfe und fremden Geld nicht gelingen.

In der Gesellschafterversammlung am 27.11. dieses Jahres, also vor nicht ganz vierzehn Tagen, wurde beschlossen, dass die Gemeinde Ostbevern an einem Interessenbekundungsverfahren für Fördergelder aus dem neuen Sportstättenförderprogramm des Bundes teilnehmen soll. Dieser Beschluss wurde hier heute bestätigt. Wir treten also in die Phase 1 zur Erlangung der Fördergelder ein.

Parallel dazu empfiehlt es sich, nach Abschluss unserer Maßnahme der Neuen Mitte, ein städtebauliches Konzept insbesondere zur Entwicklung des südlichen Teils Ostbeverns, aber eben auch mit Blick auf die anderen Himmelsrichtungen des Ortskerns zu erstellen.

Damit könnten wir auch das Bad, die Schullandschaft und Sportanlagen, die Flächen entlang der Bever in ein Gesamtkonzept einbeziehen und ggfs. durch Kombination der Fördertöpfe einen großen Erfolg für die Zukunft unserer Anlagen mit hoher sportlicher

und sozialer Bedeutung erlangen. Dafür haben Sie heute den Weg freigemacht! Herzlichen Dank dafür!

Für die Vorlage dieses Haushaltsentwurfes geht mein Dank an unseren zum Ende des Jahres ausscheidenden Kämmerer, Dr. Michael König und seinem Team.

Lieber Michael, Du hast auch in diesem Jahr mit dem Entwurf dieses Haushalts mir und dem Rat ein verlässliches Dokument vorgelegt. Auch wenn sicherlich die Änderungsliste, die in jedem Jahr dem Beschluss über den Entwurf hinzugefügt wird, in diesem Jahr eine Rolle spielen wird. Das liegt in der Natur der Sache.

Ich selber habe nun fünf Jahre mit Dir als Kämmerer und mein Allgemeiner Vertreter zusammengearbeitet. Dies ist nun der sechste Gemeindehaushalts, den wir gemeinsam vorlegen.

Du hast Dich damals schon, als ich zwar schon gewählt, aber noch nicht im Amt war, mit mir zusammengesetzt und mich in die Spezifika des gemeindlichen Haushalts in Ostbevern eingewiesen.

Wir haben oft auch zu unüblichen Zeiten unsere Köpfe zusammengesteckt und beraten, wie wir die Gemeinde auch im finanziellen durch die Krisen bringen. Dies haben wir immer respektvoll, auf Augenhöhe und uns immer gegenseitig unterstützend gemacht.

Herzlichen Dank, Michael, dafür und für Deine Dienste für die Gemeinde Ostbevern, der Du ja nicht ganz den Rücken kehrst. Du

Es gilt das gesprochene Wort

bleibst mir ja für einige Sonderaufgaben trotz Deines nun beginnenden Ruhestandes verbunden.

Wie Hermann Hesse bereits so trefflich formulieren konnte: „Jedem Ende wohnt ein Anfang inne“. Und so freue ich mich auf die dann folgende ebenso gute Zusammenarbeit mit der neuen Kämmerin Julia Klein und die in ihrem Fachbereich als neue Abteilungsleiterin Finanzen, aber bereits seit einigen Jahren der Gemeindeverwaltung verbunden tätige Stefanie Welp.

Mit diesen Worten übergebe ich Ihnen, meine Damen und Herren Ratsmitglieder, den Entwurf für Ihre Beratungen in den nächsten Wochen und freue mich auf die Beratungen in den Gremien!

Und möchte noch einmal in Richtung unserer Heimatministerin sagen: „Frau Scharrenbach, wir haben bis über die Schmerzgrenze hinweg unseren Haushaltsentwurf zusammengespart. Wir haben es also nicht verlernt. Das gleiche und die Übernahme von Verantwortung für die Kommunen, darf ich auch von Ihnen erwarten.“

In diesem Zusammenhang greife ich auch eine Idee auf, die ich bei erster Betrachtung gar nicht so schlecht finde. Die Stimmen der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister finden sich nicht wieder im

Es gilt das gesprochene Wort

Bundesrat. Aber genau dort wird wesentliches für oder gegen die Kommunen entschieden.

Dort sitzen ausschließlich Ländervertreter. Die kommunale Ebene bleibt draußen, strukturell, systematisch, dauerhaft (Quelle: Kommunal.de – Warum Bürgermeister endlich echte Macht im Bundesrat brauchen – Artikel von Christian Erhardt-Maciejwewski vom 10.12.2025).

Und weiter: Die kommunale Ebene ist die stärkste, aber politisch machtloseste Ebene des Staates. Darüber gilt es weiter nachzudenken und zu handeln. Das ist aber nun wirklich nicht unsere Aufgabe hier!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Karl Piochowiak

Bürgermeister